

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 47 (1953)
Heft: 7-8

Artikel: Weltrundschau : Kriegsende in Korea ; Neuer Kurs! ; Die Ewiggestrigen ; Der Kampf um Ostdeutschland ; Hintergründe ; Die Wendung ; Von der Landwirtschaft ; Demokratisierung tut not ; Und Westdeutschland?
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-139802>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Begriff oder das Privilegium für die Anhänger einer Partei, einer Klasse oder für bestimmte Mitglieder einer Regierung. Die demokratischen Prinzipien will sie auch in der Arbeiterschaft angewendet wissen; sie verabscheut jene Cliquenwirtschaft, in der eine Handvoll Politiker diktiert und herrscht.

Im Namen aller, die mit Genossin Helbling im geistigen Kontakt stehen und von ihr so viele wertvolle Anregungen empfangen haben, danke ich dieser tapferen Frau aufs herzlichste. Möge sie uns als Weggenossin und als geistiger Inspirator noch recht lange erhalten bleiben und mögen die kommenden Jahre weniger von Leid und Schmerz getrübt sein als ihre jüngste Vergangenheit!

J. Wr.

WELTRUNDSCHAU

Kriegsende in Korea Endlich, endlich ist es so weit! Nach mehr als dreijährigem Morden und Zerstören hat der *Koreakrieg* — vorläufig mindestens — sein *Ende* gefunden. Der Waffenstillstand ist am 27. Juli unterzeichnet und das Feuer auf der ganzen Front gleichen Tages eingestellt worden. Man atmet tief erleichtert auf — nicht nur im Bewußtsein, daß ein Gemetzel aufgehört hat, das allein als unmittelbare Wirkung der Kampfhandlungen 2½ Millionen Menschen das Leben gekostet hat und das Land als Wüste zurückläßt; nur in Südkorea sind nach einer Reuter-Meldung vom 26. Juli 10 Millionen Menschen obdachlos, während infolge des Kriegselendes 4 Millionen Menschen gestorben seien. (Entsprechende Angaben über Nordkorea fehlen.) Was uns nicht minder erleichtert, ist die Gewißheit, daß der Koreakrieg nicht zu einem neuen Weltkrieg geführt hat — eine Gefahr, die vor allem wegen der amerikanischen Kriegführung wiederholt sehr nahe lag. Der grauenhafte Anschauungsunterricht, den Korea geliefert hat, war sicher ein Hauptgrund dafür, daß die Gefahr eines dritten Weltbrandes immer wieder gebannt werden konnte.

Darüber hinaus sollte Korea aber aufs neue gezeigt haben, daß der Krieg kein Problem löst, vielmehr alle Probleme nur heillos verwickelt und daß sich ein Krieg in keinem Sinne mehr lohnt, daß er also seine Rolle als Mittel der Staatskunst ausgespielt hat.

Der Koreakrieg hat ja mit einem Waffenstillstand geendet, der weder Sieger noch Besiegte kennt, vielmehr ein Kompromiß zwischen zwei Parteien ist, die einander militärisch und politisch im Gleichgewicht halten und wissen, daß die Gefahren einer Fortsetzung des Krieges größer sind als die Gewinne, die sie sich daraus versprechen können. In der Tat: weder die eine noch die andere Kriegspartei hat ihr Kriegsziel erreicht. Die Nordkoreaner, die die Feindseligkeiten im großen Stil eröffnet haben, sind außerstande gewesen, das reaktionär-feudale Regime in Südkorea mit Waffengewalt zu stürzen und Korea unter kommunistisch-revolutionärem Regime zu vereinigen. Sie meinten der Regierung Syngman Rhee, die offen mit einem «Freiheitskrieg» gegen das Nordreich

drohte, vielleicht sogar den Norden bewußt herausforderte, durch eigenes Losschlagen zuvorzukommen; aber wiederum bestätigte es sich, daß ein Präventivkrieg nur eine vermessene Auslösung von Ereignissen ist, über die der Auslösende bald die Herrschaft verliert. Statt Südkorea wirklich abgeschrieben zu haben, wie damals amtliche Erklärungen in Washington vermuten ließen, machten die Vereinigten Staaten unter dem Druck der Fernostinteressenten (MacArthur-Gruppe, Chinaaktivisten usw.) den Koreakonflikt zum Gegenstand einer grundsätzlichen gewaltsamen Auseinandersetzung und womöglich Abrechnung mit dem Weltkommunismus und setzten eine Kriegs- und Rüstungsmaschine in Bewegung, die seither die ganze antikommunistische Welt bis hin zu unserer friedlichen kleinen Schweiz erfaßt hat.

Allein auch die Vereinigten Staaten und die von ihnen beherrschte Organisation der Vereinten Nationen haben ihr Ziel nicht erreicht. Wohl haben sie die Eroberung Südkoreas durch die Nordarmee verhindert, aber das kommunistische Nordreich ihrerseits zu erobern und Korea «unter einem freiheitlichen, demokratischen Regierungssystem» (praktisch demjenigen des Herrn Syngman Rhee) wiederzuvereinigen, wie die «Neue Zürcher Zeitung» so schön schreibt (Nr. 1736) — das ist auch ihnen nicht gelungen. Zum Glück! Denn wäre es ihnen gelungen, dann hätten sie daraus eine ungeheure Ermutigung geschöpft, mit der gleichen Methode das kommunistische Regime auch in den übrigen Ländern zu stürzen, in denen es besteht, von Indochina über «Rotchina» und die Sowjetunion bis nach Ostdeutschland und Albanien. Und ein solches Unternehmen hätte selbstverständlich den dritten Weltkrieg bedeutet.

Wir können nur dankbar sein, daß es nicht so weit gekommen ist und daß sich der Koreakrieg für beide Parteien nicht gelohnt hat. Aber wir müssen gleichzeitig auch mit Sorge feststellen, daß eben deshalb, weil der Koreakrieg entscheidungslos geblieben ist, die Probleme, die ihm zugrunde lagen, in ihrer ganzen Schwere weiterbestehen, ja noch schwerer geworden sind. Dies besonders deshalb, weil das Eingreifen Amerikas und der von ihm mißbrauchten UNO in den koreanischen Konflikt auf einer *Unwahrheit* beruhte — der Behauptung nämlich, daß es sich nur um eine Polizeiaktion zur Wahrung der kollektiven Sicherheit handle, während Amerika tatsächlich einen antikommunistischen, gegenrevolutionären Krieg führte, weil also das eigentliche Problem, das in Ostasien zu lösen war, von vornherein falsch gestellt war und der im Namen der Vereinten Nationen geführte Krieg nur dazu diente, den *wahren* Kriegszweck zu verschleiern. Wird es an der politischen Konferenz, die drei Monate nach Beginn der Waffenruhe zusammentreten soll — vielleicht in Genf —, gelingen, das Korea- und Ostasienproblem *richtig* zu stellen und dann auch *richtig* zu lösen?

Die Aussichten sind düster genug. Schon deshalb, weil Südkorea den Waffenstillstand gar nicht unterschrieben hat (obschon es ihn vorläufig beobachten zu wollen erklärt), sich vielmehr vorbehält, auf eigene

Faust den Krieg neu zu beginnen, um den Kommunismus im Nordreich zu stürzen. Was in diesem Fall Amerika tun würde, ist ganz ungewiß. Außenminister Dulles sagt nur, die Vereinigten Staaten würden sich «nicht verpflichten», den Südkoreanern dann neuerdings Hilfe zu leisten, behält sich aber Amerikas freie Entscheidung darüber durchaus vor und droht bereits mit Abbruch der politischen Konferenz noch vor dem Ablauf von neunzig Tagen, «falls sich herausstellen sollte, daß die Kommunisten nicht gutgläubig verhandelten», das heißt falls Nordkoreaner und Chinesen der Erfüllung der amerikanischen Forderungen Widerstand leisten sollten — was höchst wahrscheinlich ist. Man denke beispielsweise an die amerikanische Grundforderung, «freie Wahlen» in ganz Korea abzuhalten und ihrem Ergebnis gemäß die beiden Landeshälften zu vereinigen, wobei natürlich die Meinung die ist, daß — wie in Deutschland — das zahlenmäßige Übergewicht des «freien» Landesteiles ein antikommunistisches Regime sichern werde. Daß die Nordkoreaner und Chinesen darauf nicht eintreten werden, ist um so eher anzunehmen, als freie Wahlen in Südkorea unter der Herrschaft eines Syngman Rhee eine bare Unmöglichkeit sind. Auch eine Kontrolle der Wahlen durch die UNO würde daran nicht viel ändern, zumal die UNO und besonders ihr Militärapparat nur ein Werkzeug der Vereinigten Staaten ist.

Andererseits scheinen Nordkoreaner und Chinesen vor allem auf die Räumung Koreas durch landfremde Truppen abzielen. Aber davon wollen nun die Amerikaner nichts wissen. Sie wollen unbedingt eine Militärbesatzung in Südkorea behalten — und die Folge wird sein, daß auch die Chinesen dableiben werden, wenn auch vielleicht nur wieder als «Freiwillige». Dabei wird die Zeit vermutlich für Nordkorea und China arbeiten, die ihre Kraft im Laufe der nächsten Jahre in einem Ausmaße zurückzugewinnen hoffen, daß die amerikanische Stellung auf dem asiatischen Festland schließlich in jeder Weise unhaltbar werde.

Die Teilung Koreas dürfte somit für absehbare Zeit weiterbestehen, und die Aufgabe der politischen Konferenz wird kaum eine andere sein können, als die Spaltung so erträglich als möglich zu machen und insbesondere die wirtschaftliche Erholung Koreas nach Kräften zu beschleunigen. Im besten Fall kann das geteilte Korea entmilitarisiert und neutralisiert werden mit Gewährleistung seiner Sicherheit durch Amerika, China und Rußland, wenn nicht einfach durch die Vereinten Nationen. Korea wäre dann ein Puffer zwischen den beiden Machtblöcken und könnte — wie ein ähnlich neutralisiertes Deutschland — ein friedliches Nebeneinanderleben der beiden Lager erleichtern¹. Andererseits ist aber eine solche Verständigung über Korea nur denkbar, wenn bereits ein

¹ Der soeben unterzeichnete «Sicherheitspakt» zwischen Amerika und Südkorea kann einen internationalen Garantievertrag nicht ersetzen, ist er doch viel zu stark auf die Sonderinteressen einerseits der Vereinigten Staaten, andererseits des Regimes Syngman Rhees abgestimmt. Er verhindert eher eine rechte Lösung der Koreafrage.

gewisses Maß von gutem Willen zum friedlichen Nebeneinanderleben der kommunistischen und der kapitalistischen Welt vorhanden ist. Ist darauf zu zählen?

Neuer Kurs! Nur äußerste Voreingenommenheit kann noch leugnen, daß es der Sowjetunion und der Chinesischen Volksrepublik ernst ist mit ihrem Bemühen, eine friedliche Generalverständigung mit dem Westblock herbeizuführen. Das fällt ihnen um so leichter, als die frühere Lehre von der Unvermeidlichkeit kapitalistisch-imperialistischer Kriege gegen die Länder der sozialistischen Revolution von den kommunistischen Wortführern aufgegeben worden ist und jetzt die Wahrscheinlichkeit, wenn nicht Unvermeidlichkeit von Kriegen zwischen den kapitalistischen Staaten selbst angenommen wird; so schon von Stalin, der zum Beispiel in seiner Schrift «Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR» (Verlag Dietz, Berlin, 1953) die These zurückweist, daß «die Gegensätze zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus stärker seien als die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Ländern». Theoretisch sei das zwar schon richtig, aber tatsächlich lägen die Dinge doch anders.

«Warum? Erstens, weil ein Krieg gegen die UdSSR, als das Land des Sozialismus, für den Kapitalismus gefährlicher ist als ein Krieg zwischen den kapitalistischen Ländern, denn wenn es bei einem Krieg zwischen den kapitalistischen Ländern nur um die Frage der Vorherrschaft dieser oder jener kapitalistischen Länder über andere kapitalistische Länder geht, so muß ein Krieg gegen die UdSSR unbedingt die Frage der Existenz des Kapitalismus selbst aufwerfen. Zweitens, weil die Kapitalisten, obwohl sie zum Zwecke der ‚Propaganda‘ über eine Aggressivität der Sowjetunion zetern, selbst nicht an solche Aggressivität glauben, da sie der Friedenspolitik der Sowjetunion Rechnung tragen und wissen, daß die Sowjetunion die kapitalistischen Länder nicht von sich aus angreifen wird.» (Seite 35/36.)

Demgemäß hat Malenkov noch zu Lebzeiten Stalins in seinem Rechenschaftsbericht an den XIX. Parteitag vom 5. Oktober 1952 betont:

«Die sowjetische Politik des Friedens und der Völkersicherheit geht davon aus, daß ein friedliches Nebeneinanderbestehen des Kapitalismus und des Kommunismus und eine Zusammenarbeit durchaus möglich ist, wenn auf beiden Seiten der Wunsch nach Zusammenarbeit und die Bereitschaft vorhanden sind, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, wenn das Prinzip der Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten eingehalten wird.

... Wir sind überzeugt, daß das sozialistische Wirtschaftssystem im friedlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus mit jedem Jahr anschaulicher seine Überlegenheit über das kapitalistische Wirtschaftssystem beweisen wird. Aber wir haben keineswegs die Absicht, irgendwem unsere Ideologie oder unsere Wirtschaftsordnung aufzuzwingen.»

Nach Stalins Tod ist diese Politik vollends ganz zum Durchbruch gekommen. Der «New Statesman» faßt es gut zusammen (25. Juli):

«Stalin ist gegangen, und nach Stalin Beria; die ganze kommunistische Welt ist durch revolutionäre Wandlungen erschüttert worden. Noch stehen diese Wandlungen in ihren ersten Stadien, aber ihre Gesamtrichtung ist dennoch unmißverständlich. Die neuen Männer im Kreml suchen das Gefüge einer persönlichen Diktatur zu liberalisieren und die Ansprüche zu mildern, die ein allmächtiger Staat sowohl an den ein-

zelen Sowjetbürger wie an die Satellitenländer stellt. Als Ergänzung dieser inneren Wandlungen im Gefüge des kommunistischen Systems kommt dazu die dritte Seite der neuen Politik: der planmäßige Versuch, durch eine weltweite Befriedungspolitik die internationale Spannung zu lockern. Das erste Zeichen dieser neuen Außenpolitik war die chinesische Schwenkung in den koreanischen Waffenstillstandsverhandlungen. Daran schloß sich der bedeutungsvolle Entschluß, in Ostdeutschland und Ungarn die Kollektivisierung zu bremsen und das Tempo der industriellen Entwicklung zu verlangsamen, sowie eine lange Reihe kleiner, aber bezeichnender diplomatischer Gebärden, die letzte Woche in einem neuen Appell an die Türkei und der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel gipfelten.»

Der seither erfolgte Verzicht der Sowjetunion auf weitere Bezahlung ihrer Besetzungskosten durch Österreich gehört in den gleichen Zusammenhang, ebenso der jüngst bekanntgegebene Entschluß der Sowjetregierung und anderer osteuropäischer Staaten, sich an der «technischen Hilfeleistung» der Vereinten Nationen an die zurückgebliebenen Völker zu beteiligen — eine offenkundige Schwenkung des Ostblocks in der Frage der Zusammenarbeit mit den Zweckorganisationen der UNO.

Nur scheinbar — das heißt für den «bösen Blick» des Westens — weicht von dieser Linie die Note der Sowjetregierung an die westmächtlichen Kanzleien ab, in der für eine Konferenz der Außenminister beider Lager bestimmte Bedingungen und Vorbehalte aufgestellt werden, denn die wichtigsten dieser Bedingungen, an denen man sich im Westen vor allem stößt — die Beiziehung Chinas und, als ein Hauptziel der Konferenz, eine grundsätzliche Verständigung über die dauernde Unschädlichmachung Deutschlands, die seiner Wiedervereinigung vorauszugehen habe —, diese Forderungen sind sachlich mehr als berechtigt; ohne die Mitarbeit Chinas gibt es ja keinen Frieden in Asien und ohne Ausschaltung der deutschen Gefahr keinen Frieden in Europa. Es erscheint nur fraglich, ob es richtig war, sie *in diesem Augenblick* zu stellen, vor dem Zusammentritt der Konferenz. Im übrigen hat die Sowjetunion durchaus das Recht, dem von den Westmächten aufgestellten Konferenzplan ihre Auffassung gegenüberzustellen, ohne daß sie deswegen des schlechten Willens bezichtigt werden darf.

Es wird angesichts dieser Tatsachen immer schwerer, den westlichen Völkern einzureden, daß die Sowjetunion, im Bunde mit China, auf die gewaltsame Bolschewisierung der Welt sinne. Der amerikanische Wehrmachtsminister Wilson selbst hat (nach den «New York Times», 20. Mai) einem Senatsausschuß erklärt, «das amerikanische Volk sollte aus der Konzentration der Sowjetunion auf die Herstellung von Kampfflugzeugen die Sicherheit schöpfen, daß die Russen in erster Linie eine Luftmacht zu Verteidigungszwecken zu schaffen gedenken». «Nicht einmal die Generäle im Pentagon», so folgert der «New Statesman», «können mehr leugnen, daß die Voraussetzungen, auf die sie ihre Forderung nach Aufrüstung des Westens gründeten, hinfällig werden. Wenn die Rote Armee je eine unmittelbare Gefahr für Westeuropa darstellte oder die chinesischen Armeen für Südostasien, so ist nun diese Bedrohung beseitigt worden — nicht durch papierene Beteuerungen, deren Aufrichtigkeit

in Frage gestellt werden konnte, sondern durch den Gang der Ereignisse innerhalb der kommunistischen Welt . . . Wenn diese Deutung auch nur annähernd richtig ist, so ergibt sich daraus, daß die Politik des Westens von Grund auf und raschestens revidiert werden muß»; revidiert in dem Sinne, daß an die Stelle des Versuches, die Sowjetunion durch höchstgesteigerten militärischen und wirtschaftlichen Druck zur Kapitulation zu zwingen, das ebenso tatkräftig und umfassend betriebene Streben treten muß, *auf dem Wege der Verhandlung zwischen Gleichen* zu einer friedlichen Verständigung über Teilfragen zuerst und dann mehr und mehr über eine gesamthafte Abgrenzung der beidseitigen Interessensphären zu kommen.

Den gleichen Schluß aus der gegenwärtigen Weltlage zieht in der Neuyorker «Nation» (20. Juni) Professor Frederick L. Schuman, einer der bekanntesten amerikanischen Sachverständigen für internationale Probleme. Er weist insbesondere auf die Tatsache hin, daß die beiden Machtblöcke

«dank der westlichen Aufrüstung, der russischen Industrialisierung und der chinesischen Revolution einen Zustand des Weltgleichgewichts und des gegenseitigen In-schachhaltens erreicht haben, der im großen dasselbe ist wie das militärische Unentschieden in Korea. Keiner der beiden Gegner erfreut sich einer klaren militärischen Überlegenheit über den andern. Keiner von beiden kann eine irgendwie glaubhafte Strategie des Sieges in einem dritten Weltkrieg planen . . . Da durch Kampf kein Sieg errungen werden kann, sind Verhandlungen über eine Verständigungslösung unausweichlich.»

Das aber bedinge, so sagt Professor Schuman, die Anerkennung des kommunistischen Regimes in Osteuropa wie in Ostasien, der bestehenden Ländergrenzen und des gegenwärtigen kommunistischen Bündnis-systems. Anerkennung als Tatsache, wohlgemerkt, nicht innere Billigung! Aber diese Anerkennung ist tatsächlich die unerläßliche Bedingung einer friedlichen Lösung der zwischen den beiden großen Weltbünden liegenden Fragen — und eine andere als eine *friedliche* Lösung gibt es, um es zu wiederholen, nicht mehr. In Ostasien namentlich werden die Westmächte um eine Aufnahme Chinas in die UNO nicht herumkommen, falls sie überhaupt ernstlich Frieden wollen; und das wiederum verlangt, daß sie eindeutig von Chiang Kai-Shek abrücken, die Wirtschaftsblockade gegen China aufheben und auf die Wiederaufrüstung Japans verzichten. Noch mehr: die Westmächte werden auch, im Einklang mit der Sowjetunion und China, die Kriege in Indochina, Malaya und Burma einstellen müssen, sofern Ost- und Südostasien zur Ruhe kommen und die Möglichkeit haben sollen, ihr nationales und soziales Befreiungswerk durchzuführen. Ohne das wird nicht einmal die Koreafrage gelöst werden können, geschweige das Ostasienproblem als Ganzes. Auch den Westmächten und vor allem den Vereinigten Staaten wird es nicht erspart bleiben, zu einem neuen weltpolitischen Kurs überzugehen, wenn sie nur einigermaßen realistisch denken und darauf Wert legen, daß wir ihren Friedfertigkeitssbeteuerungen irgendwie Glauben schenken.

Die Ewiggestrigen Im Lager der europäischen Verbündeten Amerikas hat man diese Notwendigkeit weitherum begriffen. Churchills berühmte gewordene Rede vom 16. Mai, die bei den Völkern Europas — und darüber hinaus — einen solch begeisterten Widerhall fand, beweist es zur Genüge. Wie wir aber schon in unserer Junirundschau feststellten, hat der amerikanische Gegenstoß, den man erwarten mußte, sofort eingesetzt. Und er hat bisher nur allzusehr Erfolg gehabt. Wir stehen heute vor der erstaunlichen Tatsache, daß in weniger als zwei Monaten sowohl England als auch Frankreich auf die alte Linie der amerikanischen Druck- und Rüstungspolitik zurückgefallen sind, die sie unter Churchills Einfluß bereits zu verlassen Miene gemacht hatten. Die Erkrankung des britischen Ministerpräsidenten und die lang dauernde, ebenfalls durch Krankheit verursachte Abwesenheit seines Außenministers Eden von seinem Posten genügen nicht, um diese vielleicht verhängnisvolle Wendung zu erklären. Man muß annehmen, daß einfach die Interessen, Begehren und Zielsetzungen, die nun schon seit Jahren den westmächtlichen Kurs in die falsche Richtung getrieben haben, noch viel zu übermächtig sind, als daß die schwachen und halbherzigen Gegenkräfte, die sich dagegen zu kehren beginnen, hätten schon wirklich durchbrechen können. Es waltet hier eben jene schicksalhafte Eigengesetzlichkeit des Bösen, die nur von Kräften gebrochen zu werden vermag, die sich mit ganzem Herzen und ganzer Seele dem höchsten Guten verschrieben haben. Der blinde Antikommunismus, hinter dem eine ganze Welt bürgerlichen Konservatismus und kapitalistischer Gier und Furcht steht, wütet weiter. Die Gewaltgeister, die die weltweite militärische Aufrüstung geweckt hat, toben sich nach wie vor aus. An der Fortsetzung der Kriegsrüstungen hängen so viele und starke materielle Interessen, daß größte Störungen, vielleicht wirtschaftliche Krisen, wahrscheinlich sind, falls «der Frieden ausbrechen» sollte. England kann sich nicht von amerikanischer Wirtschaftsabhängigkeit freimachen, und Frankreich will es nicht. Westdeutschland ist vollends ganz und gar auf eine Dollarhilfe angewiesen, die schnell aufhören würde, falls es die Aufrüstung im Rahmen der «Europaarmee» fahren ließe und sich mit Ostdeutschland zusammenschlösse, nicht zu reden von Chiang Kai-Sheks famosem «Nationalchina» und Syngman Rhees Südkorea, die beide nur von der Hoffnung auf Krieg und der Arbeit für den Krieg leben.

Was Wunder, wenn die Washingtoner Konferenz der drei Außenminister — von Amerika, England und Frankreich — die unentwegte Fortsetzung der Kriegsrüstungen verkündet hat und die westliche Propaganda den Völkern einredet, der Ostblock weise unter dem harten Druck des Westens schon die größten Risse auf, und man brauche diesen Druck nur entschlossen fortzusetzen, damit er gänzlich zerfalle? Was Wunder auch, wenn die Vereinigten Staaten jetzt ihren Militärvertrag mit Spanien unter Dach und Fach gebracht haben, der auch den Staat des aller-

christlichsten Diktators Franco in die «Freiheitsfront» des Westens eingliedert? Und was Wunder, wenn die Leiter der amerikanischen Außenpolitik es entrüstet ablehnen, in Ostasien die gegebene Folgerung aus dem erneuten Scheitern des großen Planes einer Aufrollung der kommunistischen Weltfront von Korea und China her zu ziehen, ein Admiral Radford — jetzt Vorsitzender des Rates der vereinigten Wehrmachtchefs — vielmehr (nach der «New York Post» vom 17. Mai) gelassen erklärt, der «im Grunde unvermeidliche» Krieg mit China könne gut und gern 50 Jahre lang dauern?

Nein, die Zeichen für eine Sinnes- und Kursänderung vor allem in den Vereinigten Staaten fehlen bisher fast vollständig. Wenn Amerika seine Kriegsrüstungen jetzt nicht mehr im gleichen Tempo steigert wie in den letzten Jahren, sondern so etwas wie eine Atempause einlegt, so nur deshalb, weil die Geschäftswelt unter dem wachsenden Steuerdruck seufzt — und weil dafür die Aufrüstung Westdeutschlands und Japans von Washington aus um so energischer betrieben wird. Aber werden dabei die europäischen Verbündeten Amerikas so ruhig zusehen, wie es nötig wäre? Werden sie die Scharfmacherpolitik, die Dulles und sein Kreis gegenüber Nordkorea und China betreiben, so ohne weiteres mitmachen? Wird man in England und Frankreich, in Belgien und Holland, in Italien und besonders in Westdeutschland nicht immer klarer erkennen, daß ein dritter Weltkrieg — wenn schon das ferne Amerika wieder mit einem blauen Auge davonkäme — der Ruin Europas wäre? Wird also der Churchillsche Vorstoß in irgendeiner Form nicht neuerdings aufgenommen werden? Werden nicht die Beziehungen Frankreichs zu Amerika, die sich auch nach der Feststellung des Washingtoner Korrespondenten der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 1763) in der letzten Zeit «wesentlich verschlechtert» haben, unter dem Druck der gar nicht amerikafreundlichen französischen Volksstimmung neuen Belastungsproben ausgesetzt sein? Und wie steht's um Italien, wo als Folge der Kammerwahlen und des überraschenden Anschwellens sowohl der Linksalter als der extremen Rechtsparteien die Regierungskoalition unter De Gasperi bereits auseinandergefallen ist? Wie auch immer die Krise äußerlich gelöst werden mag, soviel ist sicher, daß das römisch-katholisch geführte Europa, das Adenauer, Schuman, De Gasperi und Franco erträumt hatten, abermals eine seiner Hauptstützen verloren hat und daß damit Amerikas Europapläne auch von Italien her in Frage gestellt sind. Das italienische Volk wird sich schwerlich in den antikommunistischen Kreuzzug der «freien Welt» einspannen lassen; statt der Gegenrevolution zu dienen, wird es viel eher auf seinem eigenen Boden die soziale Revolution vollziehen, die seine Herren bisher immer wieder zu hintertreiben ge-
wußt haben.

Den Vereinigten Staaten stellt sich auf alle Fälle das Problem, wie sie ihre europäischen Verbündeten trotz allen Unabhängigkeitsregungen doch wieder fest in die Hand bekommen können. Der Koreakonflikt

hatte ihnen die herrliche Gelegenheit verschafft, jene antikommunistische Weltpanik zu erzeugen, die Englands und Frankreichs Zustimmung zu der westdeutschen und japanischen Wiederaufrüstung ermöglichte. Aber je länger sich der Krieg in Korea hinzog und je klarer es wurde, daß nicht China und nicht die Sowjetunion seine Beendigung verhinderten, sondern die amerikanische Aktivistenpartei, um so mehr verflog die Hochstimmung vom Sommer 1950 und um so größer wurden die Spannungen und Reibungen innerhalb der westmächtlichen Kampfkoalition. Um so eindringlicher müssen sich aber die Dulles, Radford, Knowland und Konsorten fragen, wie sie es anstellen müssen, um aufs neue eine Lage à la Korea 1950 zu erzeugen. Die Neuyorker «Monthly Review» (Juli 1953) glaubt, die Baumeister des amerikanischen Imperiums müßten sich von diesen drei Grundsätzen leiten lassen:

«1. Nur das unbedingte Mindestmaß von Zugeständnissen machen, das nötig ist, um die Koalition des Kalten Krieges am Auseinanderfallen zu verhindern. 2. Alles nur Mögliche tun, um dem Gefühl von Entspannung und Optimismus entgegenzuwirken, das durch die Friedensoffensive des Sowjetblockes und die Einstellung der Feindseligkeiten in Korea erzeugt worden ist. Und 3. vor allem den Sowjetblock bei jeder möglichen Gelegenheit zu sticheln und zu reizen. Ihre Losung dürfte sein: Wir haben es in Berlin und in Korea fertiggebracht, und wir können es wieder fertigbringen!»

«Aber können sie es wirklich?» fragt die «Monthly Review» weiter; und antwortet:

«Es wäre Torheit, sie zu unterschätzen. Sie sind reich, geschickt, findig. Sie werden sich durch nichts aufhalten lassen, ihren Willen durchzusetzen. Zwei Jahre lang völlig unnötiger Kriegführung in Korea sind dafür ein beredtes Zeugnis. Und dennoch sind ihre Erfolgsaussichten geschwunden. Die Welt hat in diesen Jahren viel zugelehrt, besonders über diese Männer selber. Es ist doch nicht mehr so leicht, die Menschen aufzureizen, zu beschwindeln oder zu täuschen.»

Der Kampf um Ostdeutschland Aber gehen wir diesen Möglichkeiten und Gefahren für heute nicht weiter nach. Der Schreibende möchte statt dessen etwas näher auf die gegenwärtige Lage in Ostdeutschland eintreten im Anschluß an einen mehrwöchigen Aufenthalt in Deutschland, vor allem in der Deutschen Demokratischen Republik (D. D. R.), den er bald nach den «revolutionären» Ereignissen um den 17. Juni herum gemacht hat, wobei er freilich den selbstverständlichen Vorbehalt anbringen muß, daß sich sein Urteil mehr oder weniger auf persönliche Eindrücke und Erfahrungen in einem verhältnismäßig begrenzten Gebietskreis — insbesondere in Leipzig und der benachbarten sächsischen Landschaft — stützt.

Als ich nachher zu Hause wieder unsere Zeitungen und die Westpresse überhaupt zu lesen begann, widerte mich die Art und Weise, wie über die ostdeutschen Unruhen geschrieben wurde, tief an. «Rebellion der waffenlosen Arbeiter unter dem Feuer modernsten Kriegsgeräts der fremden Besetzungsmacht»; «neuer Abschnitt in der weltgeschichtlichen Entwicklung»; «der Freiheitsdrang kann nicht unterdrückt werden»; «die deutsche Arbeiterschaft hat zu ihren großen revolutionären Traditionen

zurückgefunden» und «dem System der Diktatur und Sklaverei unter Einsatz ihres Lebens Trotz geboten». Diese ganze Sprache ist — besonders auch, wenn man an die Haltung der deutschen Arbeiterschaft gegenüber dem Naziregime denkt — völlig unangebracht und in ihrer heizerischen Demagogie auch äußerst gefährlich. Der Geist, der sie eingegeben hat, war eine nicht wegzuleugnende Ursache der tragischen Ereignisse in der D. D. R. und droht in der Zukunft noch schwerere Verwicklungen herbeiführen zu helfen. Andererseits hat mich die Sprache des Großteils der ostdeutschen Presse und vieler offizieller Kundgebungen nicht weniger empört. Wenn zum Beispiel der russische Militärkommandant von Leipzig in seinem «Befehl Nr. 2» von einem «erfolgreich durchgeführten Kampf der Bevölkerung gegen die faschistischen Provokateure» redet oder die «Tägliche Rundschau» vom 5. Juli behauptet, die «Washingtoner und Bonner Drahtzieher» hätten «das von ihnen selbst so vorsorglich für ihre dunklen Zwecke gespaltene Berlin am 17. Juni zu der Fackel machen (wollen), mit der sie endlich ihren so sehnlich erwarteten Kriegsbrand entfachen konnten», so ist das einfach unwahr und unverantwortlich. Es ist nicht so, daß die ostdeutsche Revolte vom Westen her ausgelöst worden wäre und ein Teil der Arbeiterschaft in «zeitweiliger Verwirrung» mitgemacht hätte, dann aber aufgewacht sei und «zusammen mit der Sowjetarmee und der Volkspolizei die Brandstifter und Provokateure dingfest gemacht» hätte («Neues Deutschland», 8. Juli). Die entscheidende Ursache und Veranlassung der Erhebung war vielmehr die materielle und seelische Not eines großen Teiles der Bevölkerung, namentlich der Arbeiterschaft, und vom Westen her wurde diese Not nur propagandistisch wie auch durch unmittelbare Aktion politisch ausgebeutet und mißbraucht. Damit ist die Rolle des Westens keineswegs bagatellisiert; sie ist nur auf ihren richtigen Platz gestellt und das wirkliche Verhältnis zwischen Provokation von außen her und inneren Triebkräften der Revolte klargemacht.

Daß der Westen bei den Juniereignissen in der D. D. R. die Hand im Spiel hatte, ist vollkommen klar. Die nun schon seit Jahren betriebene tägliche Propaganda, besonders der westdeutsch-amerikanischen Radiosender, die Überschwemmung Ostdeutschlands mit Parteigängern, ja Agenten des Westens, die großangelegte Spionage und Sabotagearbeit, die vom Westen aus in der D. D. R. geleistet wird — das alles hat ohne jeden Zweifel wesentlich dazu beigetragen, die psychologischen Voraussetzungen für einen Putschversuch der notleidenden Volksteile zu schaffen. Und als dann am 16. Juni die Bauarbeiter in der Ostberliner Stalin-Allee die Arbeit niedergelegt und durch eine Kundgebung vor den Regierungsgebäuden in der Leipzigerstraße die Aufhebung des Beschlusses über die zehnprozentige Erhöhung der Arbeitsleistung erzwungen hatten, da griffen bestimmte West-Berliner Gruppen und Organisationen planmäßig ein, um die bisher ruhig verlaufene Bewegung weiterzutreiben und zu dramatisieren. Erst jetzt kam es zu den bekannten Zer-

störungen, Brandstiftungen und andern Gewalttätigkeiten, vor allem an der Sektorengrenze. Erst jetzt wurden — nach einem Bericht des Hamburger «Spiegels» — die West-Berliner Arbeiter aufgefordert, nach Ost-Berlin hinüberzugehen und Massenkundgebungen herbeizuführen. Erst jetzt wurde die Ost-Berliner Bewegung auf die Provinz ausgedehnt, sagte doch (Bericht der Agence-France-Presse vom 29. Juli) der europäische Vertreter des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, Irving Brown, ganz unverhohlen: «Dank den am 16. und 17. Juni nach Ostdeutschland ausgestrahlten Sendungen nahmen die Arbeiter der Sowjetzone die von den Bauarbeitern der Stalin-Allee ausgelöste Bewegung auf. Die vom Sender RIAS gespielte Rolle beweist die Notwendigkeit, ein Sendersystem für die Verbindung mit Ostdeutschland und mit allen Arbeitern Osteuropas zu errichten.»

Die Versuchung, in die ostdeutsche Entwicklung einzugreifen, lag deshalb für den Westen besonders nahe, weil mit dem Regierungsbeschluß vom 10. Juni bereits der berühmte «neue Kurs» eingeleitet worden war, der auf der ganzen Linie wesentliche Erleichterungen für die Bevölkerung der D. D. R. und eine bedeutungsvolle Umstellung der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu bringen bestimmt war. Das durfte nach der Auffassung westmächtlicher und westdeutscher Scharfmacher nicht geschehen. Es mußte im Gegenteil bewiesen werden, daß in der D. D. R. eine unerträgliche Notlage bestehe, daß die Bevölkerung zu Verzweiflungsakten ihre Zuflucht zu nehmen gezwungen sei und daß Regierung und Besetzungsmacht jede Freiheitsbewegung mit brutaler Militärmacht und Terrorjustiz ersticke. Andererseits ermutigten gerade die Verkündung des neuen Kurses und die sofortige Erfüllung der Begehren der Ost-Berliner Bauarbeiter einen großen Teil der Bevölkerung dazu, die «Schwäche» des Regimes unverweilt auszunützen, das Eisen zu schmieden, solange es heiß war, und den Versuch zur Durchsetzung aller Begehren zu machen, die namentlich die Arbeiterschaft auf dem Herzen hatte. Aus dem Zusammenwirken dieser beiden Kräfte — Erbitterung des Volkes und spekulatives Eingreifen vom Westen her — ist die Weitertreibung der Streikbewegung in der Richtung einer allgemeinenpolitischen Revolte zu erklären.

Hintergründe Die ostdeutschen Unruhen stehen freilich innerhalb des Sowjetblocks nicht vereinzelt da. Wenn auch die zahlreichen Berichte über ernste Rebellionen in Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei usw. häufig unwahr oder doch übertrieben sind — gerade während meiner Anwesenheit in Sachsen schwirrten, durch RIAS («Rundfunk im amerikanischen Sektor») verbreitet, wilde Gerüchte über Aufstände in Warschau und Budapest durch die Luft —, so ist es doch richtig, daß unter der Arbeiterschaft der osteuropäischen Länder seit Jahr und Tag explosive Stimmungen herrschen. Ihre gemeinsame Ursache ist die sehr einheitlich und folgerichtig durchgeführte kommunistische Wirt-

schaftspolitik, die darauf ausgeht, diese bisher wirtschaftlich und kulturell weit zurückgebliebenen Gebiete durch forcierte Sozialisierung, Kollektivisierung und Planung in hochindustrialisierte, moderne Länder zu verwandeln oder, wo die Industrialisierung bereits im Gang war, sie über die verfügbaren wirtschaftlichen und technischen Mittel hinaus weiterzutreiben. Das Opfer war gewöhnlich die Arbeiterschaft, aus der Leistungen herausgeholt wurden, die — wir haben im Septemberheft 1952 der «Neuen Wege» dafür aus Ostdeutschland Belege erbracht — vom sozialistischen und allgemeinmenschlichen Standpunkt aus nicht zu verantworten sind. Die Protestbewegung der tschechlowakischen Arbeiter nach der Kronenabwertung, die zugleich eine scharfe Lohnkürzung bedeutete, verbunden mit erneuter Verknappung der Lebensmittel, dann die Gärung in der ungarischen Arbeiterschaft, die zur Umbildung der Regierung und zur Lockerung des überspannten Bogens führte, und schließlich die Revolte in der D. D. R. haben hier, in diesen Verhältnissen, ihren unmittelbaren Ursprung genommen.

In Ostdeutschland namentlich wurde im Rahmen des Ulbricht'schen Wirtschaftsplanes die Schwerindustrie viel zu gewalttätig und überstürzt entwickelt, was sich doppelt verhängnisvoll auswirkte, weil unter dem Titel von Reparationsleistungen (die sachlich mehr als gerechtfertigt sind) die Industrie- und Verkehrsapparatur des Landes größtenteils nach der Sowjetunion verschleppt und die laufende Produktion in ganz erheblichem Umfang gleichfalls nach Rußland abgeführt wurde. Dazu kam dann noch, daß angesichts der westmächtlichen «Befreiungs»drohung und kriegsgerischen Aufrüstung auch die D. D. R. über ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten hinaus ihre Kräfte und Mittel viel zu stark auf die militärische Gegenrüstung konzentrierte. (Ministerpräsident Grotewohl hat in seiner Rede vor dem Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei, zu Anfang Juni, lebhaft bedauert, daß «die aggressiven militärischen Vorbereitungen gegen die D. D. R.» die Regierung gezwungen hätten, «zum Schutze unseres Staates und unserer Errungenschaften erhebliche, unvorhergesehene Ausgaben zu machen». Wiederum ein Stück Mitschuld des Westens an der Lage in Ostdeutschland!)

Die Folge war jedenfalls, daß sich der Lebensspielraum der Bevölkerung im Laufe dieses Frühjahrs und Vorsommers aufs bedenklichste verengerte; nicht überall zwar im gleichen Maße. Eine treue westdeutsche Freundin der «Neuen Wege» schreibt mir zum Beispiel:

«Es wird Sie vielleicht interessieren, daß ich nach zweijähriger Pause eine Einreiseerlaubnis in die Ostzone bekam nach X., wo mein Sohn Pfarrer ist. Ich weilte beinahe vier Wochen dort (April bis Mai). Es ist alles sehr einfach dort, manches an Textilien fehlt; diese sind überhaupt grob, Wollstoffe fehlen fast ganz. Aber Hunger leidet niemand, da Brot nicht rationiert ist und reichlich da ist. Fett und Fleisch könnten für Arbeiter und Jugendliche reichlicher sein; aber die Ration wurde immer pünktlich ausgegeben, und meine eigene Fleisch- und Fettkarte konnte ich allein nicht aufbrauchen. Im Bezirk meines Sohnes, der allerdings eine Vorortsgemeinde ist, sah man keine darbenenden Menschen; doch waren die Arbeiter sehr unzufrieden wegen des hohen Solls» (der Leistungspflicht).

Anderwärts, wenigstens in den großen Städten und Industriezentren, lagen die Dinge bedeutend schlimmer. In Leipzig hörte ich immer wieder sagen, die Lebensmittelrationen hätten, im ganzen genommen, niemals ausgereicht, so daß man gezwungen gewesen sei, entweder in den teuren HO-Läden (staatliche Handelsorganisation) zu kaufen oder aber — zu hungern. Zudem seien eine Zeitlang die rationierten Lebensmittel (Zucker zum Beispiel) überhaupt nicht mehr zu haben gewesen oder dann (wie Margarine und Fett) in einer Qualität, die jeder Beschreibung gespottet habe. Gemüse und Obst, meistens auch Fleisch, habe man kaum mehr gesehen.

Die Wendung Man fragt sich immer, wie es möglich gewesen ist, daß die Staatsführung von dem Ernst der Notlage im Volk erst so spät, zu spät, Kenntnis genommen hat. Die Antwort kann nur lauten: Die Entfremdung zwischen Volk und Regime hatte das in einem Diktaturstaat normale Maß überschritten. Statt die Diktatur, die inmitten des durch den Zusammenbruch erzeugten Chaos am Kriegsende unvermeidlich gewesen war, rechtzeitig wieder abzubauen, hatte man sich an sie als etwas durchaus Alltägliches und Berechtigtes gewöhnt und alle Beschwerden und Forderungen des Volkes, die sich auf dem Boden der Demokratie durch Presse, Versammlungen, Parlament usw. Ausdruck verschaffen, als staatsfeindliche, gegenrevolutionäre Propaganda im Interesse oder gar im Dienste des kapitalistischen Westens gebrandmarkt und verfolgt. Gleichzeitig entwickelte sich innerhalb und oberhalb des Volkes eine in jeder Hinsicht bevorrechtete Schicht von Beamten, Partei- und Gewerkschaftsfunktionären, Intellektuellen, Wirtschaftsleitern, Technikern usw., die — «das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewußtsein» — von ihrer gehobenen Lage aus keine lebendige Vorstellung mehr von der Lage der mittleren und unteren Schichten hatten und ihre kommunistische Parteidoktrin hemmungs- und rücksichtslos durchzusetzen suchten, in knechtischer Nachahmung des russischen Vorbildes — nicht bedenkend, daß die Russen erst in 36 Jahren schwerster Erfahrungen und Versuche auf den Stand ihrer heutigen Theorie und Praxis gekommen sind.

Nun, man sieht jetzt in der D. D. R. weitherum die Fehler ein, die man gemacht hat. Von oben bis unten ist eine Selbstkritik im Gang, deren erbarmungslose Offenherzigkeit oft fast peinlich wirkt, die aber doch viel aufrichtiges Streben nach einem wirklich neuen Kurs der Innen- und Wirtschaftspolitik der D. D. R. verrät. Und tatsächlich springen auch die Zeichen für die Wendung, die seit dem 10. und verstärkt seit dem 17. Juni die Dinge genommen haben, jedem nicht böswilligen Beobachter direkt in die Augen. Es gibt jetzt wieder viel mehr und bessere Lebensmittel aller Art (an manchen Orten war im Juli eine eigentliche Obst- und Gemüseschwemme festzustellen!), teils infolge der Öffnung staatlicher Notvorratslager, teils dank der vermehrten Zufuhr vom Land

her (das Pflichtsoll der Bauern ist um 10 bis 20 Prozent herabgesetzt worden, so daß der freie Markt reichlicher beliefert werden kann), teils dank großer Einfuhren aus Polen, der Sowjetunion, Ungarn usw.² Die Leistungsnorm der Arbeiter ist auf ein vernünftiges Maß herabgesetzt worden. Die Aufhebung der Fahrpreismäßigungen für Arbeiter, die soviel böses Blut gemacht hatte, ist widerrufen worden. Die Sozialrenten und Fürsorgeleistungen, an denen plötzlich gespart worden war, sind in der früheren Höhe wiederhergestellt. Die schematische, oft brutale Verstaatlichung kleiner und mittlerer Gewerbe- und Industriebetriebe ist eingestellt und teilweise sogar rückgängig gemacht worden³. Den Republikflüchtlingen wird die Rückkehr erleichtert und zum Teil die Rückgabe ihres Besitzes versprochen. Westdeutschen wird großzügig die Einreise bewilligt, und die Ostdeutschen bekommen in so reichem Maße Interzonenpässe für Reisen nach West- und Süddeutschland, daß die dorthin fahrenden Züge ganz unvorstellbar überfüllt sind. (Ich mußte bei meiner Rückreise trotz einem vorsorglich gelösten Zweitklassbillett während fast acht Nachtstunden in drangvoll fürchterlicher Korridorenge stehen.) Der Verkehr mit den Behörden, auch an der Grenze, spielt sich — mit Ausnahmen, wie mir eine solche in Probstzella begegnet ist — in höflichsten, fast lebenswürdigen Formen ab, und zwar nicht nur wenn Ausländer in einem Amtsbüro stehen. Die Beziehungen zwischen Staat und Kirche werden geflissentlich «normalisiert». Strafverfahren, Urteile und Verhaftungen werden auf «unbillige Härten» hin nachgeprüft, und so fort auf der ganzen Linie. Ich hatte wirklich den Eindruck, daß es der Regierung der D. D. R. mit dem neuen Kurs ernst ist und daß sich die oben

² Auch die Preise sind für eine Reihe von Waren wesentlich herabgesetzt worden, für Reis zum Beispiel um 10 Prozent, für Gebäck um 50 Prozent, für Strümpfe um 35 Prozent. — Ich wundere mich deshalb tatsächlich, wie nach den Berichten der Westpresse die «Paketaktion» in Westberlin eine solch ungeheure Anziehungskraft auf die gesamte ostdeutsche Bevölkerung ausüben soll. Das «immer gleichbleibende Bild der Not und des Elends» in der D. D. R., von dem der Westberliner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» sozusagen täglich berichtet, habe ich in Ostdeutschland kaum irgendwo gesehen, während in Westberlin die dort ständig vorhandenen 250 000 bis 300 000 Arbeitslosen schwerlich ein Bild des Wohlstands und der Fülle darbieten... Der Verdacht drängt sich einem immer wieder auf, daß hier einfach von westdeutsch-amerikanischer Seite eine gerissene Propagandaaktion aufgezogen wird, auf die die ostdeutsche Bevölkerung ebenso bereitwillig reagiert wie die italienische Bevölkerung im Jahre 1948 dies tat, als vor den Kammerwahlen, zur Unterstützung der herrschenden Parteien, massenhaft Lebensmittel aus Amerika verteilt wurden. Was geschähe übrigens in unserer satten Schweiz, wenn plötzlich angekündigt würde: «Von morgen ab kann jedermann ein Paket Hörnli, Fett und Kondensmilch gratis in Zürich abholen»?

³ Ein Beispiel für viele: Ich weiß von einer Firma für den Bau chemischer Geräte, wohl der einzigen in Ostdeutschland, die rückwirkend auf zwei Jahre eine Steuerforderung bekam, deren Bezahlung den ganzen Reinertrag aufgefressen hätte. Damit sollte ihre «Entprivatisierung» erzwungen werden. Die neuen Beschlüsse über vermehrte Rücksichtnahme auf die privaten Gewerbebetriebe haben den Fortbestand des Unternehmens bis auf weiteres gesichert.

beschlossene Neueinstellung schon ziemlich weit nach unten hin durchgesetzt hat.

Von der Landwirtschaft Ein Wort sei zwischenhinein auch über die Lage der ostdeutschen Landwirtschaft gesagt, soweit ich davon eine eigene Anschauung gewonnen habe. (Ich war acht Tage in einem Dorf, irgendwo in Sachsen, auf einem Bauernhof einquartiert.)

Die junkerlich-feudalen Großgüter sind, wie man weiß, restlos verschwunden — mit Recht. Was an ihre Stelle getreten ist, erscheint indessen vielfach fragwürdig. Von der Leistungsfähigkeit der großen Staatsgüter und volkseigenen Landwirtschaftsbetriebe hört man wenigstens nicht viel Günstiges. Etwas anders steht es mit den Neubauernbetrieben, die auf zahlreichen aufgeteilten Großgütern angesiedelt worden sind. Ich sah mir solch ein ehemaliges Rittergut an, das seinerzeit etwa 120 Hektaren umfaßt hatte. Der enteignete Besitzer ist gestorben; seine Witwe lebt in dürftigsten Verhältnissen in der Stadt. Unverständlicherweise wurde auch das Wohnhaus mitsamt den meisten Nebengebäuden abgebrochen; jetzt leben auf dem Gut 14 Neubauernfamilien, für die — mit einer oder zwei Ausnahmen — auch neue Wohn- und Wirtschaftsgebäude erstellt werden mußten, die wie die ganze Siedlung noch einen recht unfertigen Eindruck machen. Der Vorsitzende der Produktionsgenossenschaft, der die Neubauern angehören, hat sich ein Haus im Bauwert von 26 000 Mark hingestellt; 6000 Mark brachte er selber auf (er war früher Gutsarbeiter und ist übrigens Ostflüchtling aus Schlesien), 20 000 Mark bekam er von der Agrarbank geliehen, mit 3 Prozent Verzinsung und 1 Prozent jährlicher Abzahlung — also sehr günstig. Die übrigen Siedler finanzierten ihre Bauten und Anschaffungen auf ähnliche Art. Die Felder (Getreide, Kartoffeln, Rüben usw.) sind Gemeinbesitz der Produktionsgenossenschaft; Wiesen, Weiden, Gärten und dergleichen sind Privatbesitz. Der Ertrag scheint, besonders aus der Viehwirtschaft, eher geringer zu sein als bei der früheren Wirtschaftsweise; dafür kommt er aber nicht mehr bloß einer Herrschaftsfamilie zugute, neben der es nur Landarbeiter gab, sondern den sämtlichen gleichberechtigten Bauernfamilien, die auf dem ehemaligen Gutsraum angesiedelt sind. Ein Problem bleibt freilich die Zusammenarbeit in der Genossenschaft; daß es hier zu Reibungen und Spannungen kommt, ist, besonders im Anfang, kaum zu vermeiden. Warum sollte aber die Form des genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetriebes, die — neben den bekannten anderen Betriebsformen — in Israel so gut gedeiht, nicht auch in Ostdeutschland Erfolg haben?

Großbauern werden — oder soll man jetzt sagen «wurden»? — in der D. D. R. je länger, je weniger geduldet. Durch unmöglich zu erfüllende Ablieferungsforderungen, Steueransprüche usw., denen im Falle

des Versagens barbarische Strafen folgten, wurden sie planmäßig ruiniert und größtenteils zur Abwanderung in den Westen gezwungen. Auch hier ein typisches Beispiel: Der Besitzer eines Gutes von gegen 30 Hektaren hatte zuwenig Saatgetreide, weil er zuviel Konsumgetreide abliefern mußte. Von der Maschinen- und Traktorenstation bekam er außerdem keine Geräte und Maschinen, so wenig wie Kunstdünger. Die Folge war, daß er mit seinem Soll in Rückstand kam und wegen «Sabotage an der Volksernährung» von einem kommunistischen «Volksrichter», einem zweiundzwanzigjährigen Burschen, zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Der Hof wurde der Familie weggenommen. Eine Tochter mußte in der Schule vor der ganzen Klasse bekennen: «Mein Vater ist ein Saboteur.»

Auch die Mittel- und Kleinbauern beklagen sich über schematische, unvernünftige Ansetzung der Ablieferungspflicht, bei der auf ungünstige Umstände, wie schlechte Ernte, Unglück im Stall, Mangel an Arbeitskräften, keine Rücksicht genommen werde. Ich kenne einen Fall, wo ein Bauer im HO-Laden Eier zu 50 Pfennig das Stück kaufte, um seine Pflichteier abliefern zu können, für die er pro Stück 10 Pfennig erhielt. Für Milch bekommt der Bauer an einem bestimmten Ort 18 Pfennig pro Liter; verkauft wird sie um 32 Pfennig. Für freie Milch erlöst er 80 Pfennig; im HO-Laden wird sie für 2 Mark abgegeben. Erbitterung schafft auch das anmaßende Auftreten der aus der Stadt lastwagenweise herangeführten Kontrolleure und Kommissäre, meistens sachunkundiger junger Leute, die in den Bauernhäusern das Unterste zuoberst kehren, um versteckte Ware zu entdecken. Der Sozialismus wird so begreiflicherweise von der Landbevölkerung als Feind empfunden.

Wo es aber gelingt, die Ablieferungspflicht zu erfüllen — eine öffentlich aufgestellte schwarze Tafel macht sie in jeder Gemeinde für jeden einzelnen Besitzer bekannt —, da erfreut sich die bäuerliche Bevölkerung eines zwar äußerst anstrengenden, aber doch ertragreichen Lebens. In dem Dorf, das ich genauer kennenlernte, herrscht durchwegs sichtlicher Wohlstand, an dem auch die Arbeiter der benachbarten Braunkohlengruben und anderer industrieller Betriebe teilhaben. Das «graue Elend», von dem unsere Zeitungen aus Ostdeutschland zu berichten wissen, besteht hier wenigstens nicht.

Demokratisierung tut not Aber nun — wie soll das in der D.D.R. weitergehen? Denn kein Zweifel: es mottet im Volk unter der Asche weiter; und wer weiß, wann die Flamme wieder offen herausschlägt. Man hat oft genug das Gefühl, hinter dem neuen Regime stehe nur eine recht bescheidene Minderheit der Bevölkerung. Aber seien wir dennoch vorsichtig! Ich habe wiederholt versichert bekommen, die Arbeiter rebellierten keineswegs gegen das kommunistische Regime als solches, sondern nur gegen seine jetzigen

Träger⁴. Auch ein so kritischer Beobachter und Osteuropakenner wie der Amerikaner Mark Gayn stellt in der «Nation» (4. Juli) fest:

«Die Arbeiter rebellierten aus dem gleichen Grund, aus dem die meisten Streiks im Westen geführt werden. Ihre Beschwerden waren in erster Linie wirtschaftlicher, nicht politischer Art... Die Arbeiter in Pilsen und Ostdeutschland rebellierten nicht aus Vorliebe für den Westen... Wir im Westen hatten keine klare Vorstellung davon, was die Satellitenarbeiter, die wir zu befreien beabsichtigten, wirklich wollten, und sie selbst wußten nicht, was eine solche Befreiung ihnen bringen würde. Wenn man darüber in Washington (und in Zürich, Bern, Genf usw. H.K.) irgend etwas äußerte, so befaßte man sich in der Hauptsache damit, daß man Osteuropa ‚die Freiheit bringen‘ müsse. Aber was ist denn unser Begriff von Freiheit? Stimmt er mit den Begriffen und Hoffnungen überein, die jetzt in den Satellitenländern vorherrschen?»

Die Frage ist nur allzu berechtigt. Ich habe in Ostdeutschland jedenfalls nirgends Vorliebe für das westdeutsche Regime, für die westeuropäische «Demokratie» oder gar für Amerika angetroffen. Und der ziemlich hochgestellte kommunistische Würdenträger, der mir gegenüber meinte, bei freien Wahlen (also mit unbehinderter Konkurrenz der Parteien) würden in Ostdeutschland 80 Prozent für die Fortführung eines ausgesprochen sozialistischen, ja kommunistischen Kurses stimmen, hat vielleicht kaum stark übertrieben. Ein großer Teil der Bevölkerung — und nicht nur Berufsarbeiter, Techniker, Studenten und Neubauern — weiß zu würdigen, was die D. D. R. an Positivem, Notwendigem und Dauerhaftem geschaffen hat. Ihr bloße Existenz ist eine starke Friedenssicherung; wenn auch Ostdeutschland vollends dem Westblock angeschlossen würde, so gäbe es für den neuen deutschen (und amerikanischen) Drang nach Osten kein Hindernis mehr, während Westdeutschland kaum gegen den Osten losschlagen würde, wenn es dabei in erster Linie auf die so heftig umworbenen «ostdeutschen Brüder» als Feinde stieße. Dazu kommen all die anderen tüchtigen Leistungen der D. D. R.: die Aufteilung des Großgrundbesitzes, die gerechtfertigten Sozialisierungen, die radikalen Schulreformen (hier geschieht, bis zur Hochschule hinauf, weithin Vorbildliches, trotz dem üblen Gesinnungszwang), die Sauberhaltung von Literatur, Presse, Kino, Radio und Theater, die gegen den westlichen Schmutz und Schund so vorteilhaft absticht, und so fort.

Die Spekulationen, die im Westen vielfach an die Gärung in Ostdeutschland geknüpft werden, gehen darum wahrscheinlich fehl; die tägliche Aufreizung der ostdeutschen Bevölkerung vom Westen her kann höchstens zu neuen kopflosen Abenteuern führen, die dann noch tragischer verlaufen müßten als die Junirevolte. («Aufforderungen zum Selbstmord» nennt auch Mark Gayn die phrasenhaften «Befreiungs»-

⁴ Es war ja auch sehr bezeichnend, daß die Erhebung des 16./17. Juni keineswegs gegen die Russen gerichtet war. Die zuchtvolle, fast stoische Haltung des russischen Militärs, auch gegenüber offensichtlichen Herausforderungen, ist notorisch, und während in Leipzig zum Beispiel sämtliche Partei- und Regierungsplakate, Schriftbänder usw. heruntergerissen wurden, blieb das große Stalin-Denkmal auf dem Karl-Marx-Platz völlig unberührt.

appelle.) Wenn man im Westen nicht entschlossen ist, mit militärischer Macht in Osteuropa, eingeschlossen die D. D. R., einzugreifen — und das wäre der Krieg —, dann ist es unverantwortlich, in einer Tonart über Osteuropa und zu Osteuropa zu reden, wie sie in unserer bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse üblich ist. Das ist direkte Kriegsarbeit!

Was in den Ostländern nötig ist, das ist vielmehr eine *Demokratisierung des Regimes bei folgerichtiger Weiterführung der sozialen Revolution*. Ob das in Ostdeutschland von der gegenwärtigen, so schwer belasteten Regierung geleistet werden kann, ist mehr als zweifelhaft; sie besitzt im Volk einfach nicht das Vertrauen, das erforderlich ist, um die begangenen Fehler wieder gutzumachen, zumal in ihrem Schoß die «Harten» schon wieder viel zu mächtig sind. Und die Herstellung eines Vertrauensverhältnisses zwischen Volk und Staatsführung ist nun einmal das erste, was in der D. D. R. geschehen muß. Das Volk muß die Möglichkeit bekommen, seine Nöte und Wünsche in Presse, Versammlung und Parlament freimütig und gefahrlos vorzubringen. Die Absperrung des Volkes von andern als den amtlichen Informationsquellen muß beseitigt werden. Der Gesinnungsterror und die Zwangsschulung in kommunistischer Weltanschauung werden verschwinden müssen⁵. Ein freier, volkstümlicher Sozialismus, für den erstaunlich breite Kreise durchaus offen sind, wird an Stelle des diktierten Zwangskommunismus treten müssen, wenn das gute Neue in der D. D. R. Bestand haben soll.

Dabei wird den Christen eine wichtige Aufgabe zufallen. Nichts wäre verkehrter, als wenn sich die ostdeutschen Christen durch den herrschenden Vulgärmarxismus und -materialismus in eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen die Republik drängen ließen. Sie müssen statt dessen durch ihre ganze Haltung beweisen, daß das christliche Bekenntnis den entschlossenen Einsatz für die Sache des Sozialismus und des Friedens fordert, und dürfen erst von hier aus ihren freilich sehr notwendigen Kampf gegen die widerchristlichen Elemente im Parteikommunismus führen. Die ostdeutsche Republik ist, wie alle kommunistischen Staaten, aus dem Versagen der bürgerlichen Welt und der kapitalistischen Demokratie gegenüber dem Revolutions- und Friedensproblem erwachsen. Das ist ihr großes Daseinsrecht. Dieses Recht wird sich aber nur in dem Maße durchsetzen, wie die D. D. R. es fertig bringt, sich von dem Unrecht zu befreien, mit dem sie immer noch in so verhängnisvoller Art ihr Leben und ihre Arbeit belastet.

⁵ Jeder Oberschüler, jeder Student, jeder Schlosserlehrling, jede Krankenpflegerin, wer sich immer für irgendwelchen Beruf ausbildet — sie alle müssen nicht nur Russisch lernen, sondern auch «Gesellschaftslehre» (dialektischen Materialismus, Geschichte der Arbeiterbewegung, Wirtschaftskunde usw.). Und zwar als obligatorisches Prüfungsfach. Wehe dem Prüfling, der hier schlecht abschneidet! Die besten Noten in seinem eigentlichen Fach nützen ihm nichts, wenn er nicht gut auswendig gelernt hat, was in seinem marxistisch-leninistischen Leitfadent steht!

Und Westdeutschland! Auch über die Lage und Stimmung in West- und Süddeutschland wäre vielerlei zu sagen. Ich will aber hier nur den einen Haupteindruck festhalten, den ich wieder bekommen habe: Die Aussichten auf eine politische Sinnesänderung der Westdeutschen sind schlecht. Es ist im Grunde immer der alte Geist, der einem entgegentritt. Vor dem Ersten Weltkrieg hatten die Leute keinerlei Empfindung für die Katastrophe, die der deutsche Imperialismus und Militarismus vorbereitete. Nachher weigerten sie sich, den Sinn des Zusammenbruches zu verstehen, bereiteten die Wiederaufrichtung der entschwundenen Macht und Herrlichkeit vor — und landeten im Dritten Reich. Jetzt gewinnt der reuelose Nationalismus und Gewaltgeist aufs neue sichtbarlich an Boden und droht das Volk (und seine Nachbarn!) ein drittes Mal ins Unglück zu stürzen.

Ja natürlich, niemand «will» einen Krieg. Ich war kaum auf deutschem Boden, von Friedrichshafen nordwärts fahrend, da kreisten über dem Städtchen alliierte Militärflieger, die einer Frau den erschreckten Ausruf entlockten: «Wenn's nur nicht wieder Krieg gibt!» Und das ganze Coupé stimmte laut und lebhaft zu: «Nur ja keinen Krieg mehr! Wir haben bis oben hinauf genug davon!» Ich war versucht, zu fragen: «Warum unterstützt ihr dann aber eine Politik, die zum Krieg führen muß, wenn es noch ein paar Jahre so weitergeht mit Wiederaufrüstung, Anschluß an den Westblock, Propaganda für Zurückholung der verlorenen Ostprovinzen, Kreuzzug gegen den Bolschewismus?» Gesagt habe ich dann freilich doch nichts; es hätte ja nicht den mindesten Wert gehabt. Aber meine Gedanken habe ich mir immer wieder gemacht, wenn ich auf die unbelehrbare Selbstgerechtigkeit und die phänomenale politische Urteilslosigkeit der Deutschen traf. Der ihnen von Hitler und Goebbels eingeprägte Antikommunismus sitzt ihnen so tief wie nur je im Bewußtsein, und die völlig amerikanisierte Presse mitsamt dem gleichgestimmten Radio drückt ihn jeden Tag noch tiefer hinein. Daß es nicht der russische Kommunismus ist, der die große Kriegsgefahr für Europa bildet, sondern der westmächtige Antikommunismus — dafür fehlt den allermeisten Westdeutschen das Verständnis vollkommen. Klagen sie etwa angesichts der protzigen amerikanischen Militärsiedlungen auf deutschem Boden — mit modernsten Wohnquartieren, Schule, Kirche, Kino usw. — über die drückenden Besetzungskosten und legt man ihnen nahe, das fremde Militär nach Hause zu schicken, so heißt es: «Das würde den Russen gerade passen. Wenn der Ami geht, holt uns der Iwan!» Das ist aus den Köpfen einfach nicht herauszubringen, und ich habe nur ausnahmsweise Menschen getroffen wie jenen schwäbischen Bauern, der heftig, ja leidenschaftlich hinausrief: «Nein, wir dürfen überhaupt kein Militär mehr haben! Das ist unser Unglück gewesen und wird es bleiben! Darauf liegt ein Unsegen für unser Volk. Wann wird es das endlich lernen?»

Die gleiche Kurzsichtigkeit kennzeichnet die westdeutsche Haltung gegenüber der ostdeutschen Frage. Man will natürlich unbedingt die Wiedervereinigung mit dem abgespaltenen Osten, weigert sich aber konsequent, den Preis dafür zu bezahlen: die Neutralität gegenüber dem Westblock und die dauernde Entmilitarisierung Gesamtdeutschlands. Es sind seltene Stimmen, die sich in Presse oder Radio vernehmen lassen wie W. M. Guggenheimer im Bayrischen Rundfunk:

«Vermag jemand zu glauben, daß die sowjetischen Panzer ohne militärischen und ohne juristischen Zwang abziehen sollten, nur um amerikanischen Panzern mit deutschen Mannschaften und letztlich unter amerikanischem Oberbefehl Platz zu machen? Warum in aller Welt sollten die Sowjets das tun? Sie sind besatzungsmüde; es bedarf keiner psychologischen Kriegführung, um das zu erraten; sie sagen es jedem, der es hören will. Deswegen werden sie aber noch nicht in kopfloser Flucht dem möglichen Gegner eine ideale Angriffsbasis preisgeben. Wenn sie es aber nicht tun, wenn die Sowjets die Einheit der Deutschen abhängig machen davon, daß die Deutschen sich nicht an einer militärischen Organisation gegen sie beteiligen, dann allerdings bin ich der Ansicht, daß die Deutschen nicht auf ihre Einheit verzichten sollten, lediglich um mit den Sowjets nicht einig zu werden.»

Auch die sozialdemokratische Opposition gegen den Bonner Regierungskurs ist viel zu sehr taktisch bestimmt, viel zu alldeutsch-nationalistisch («Weg mit der Oder-Neiße-Grenze!») und vor allem viel zu stur antikommunistisch, um Hoffnung auf eine Neuorientierung der westdeutschen Politik zu bieten. Ihre Aussichten bei den bevorstehenden Bundestagswahlen sind darum recht eng begrenzt; was will sie auch *grundsätzlich* anderes als der westdeutsche Durchschnittspatriotismus?

Man kehrt bedrückt aus Deutschland nach Hause zurück. Und doch lassen wir die Zuversicht nicht fahren, daß es dem amerikanisch-westdeutschen Zusammenspiel nicht gelingen wird, den großen «Befreiungsplan» ins Werk zu setzen, dessen Ausführung wohl das Ende eines zivilisierten Europas wäre. Wenn auf die Deutschen kein Verlaß ist — warum sollen wir nicht auf die Franzosen, die Engländer, die Italiener hoffen dürfen, auch wenn wir wohl wissen, daß uns nicht menschliche Pläne und Gegenpläne retten werden, sondern zuletzt allein der Wille dessen, der die Geschichte macht? Aber immer wieder müssen wir es freilich sagen: Die Menschen und Völker müssen sich diesem rettenden Willen *hingeben* und ihn zu *ihrem* Willen machen. Dann werden sich auch Wege finden, alle Anschläge und Unternehmungen des Bösen gründlich zu nichte machen. «Der im Himmel thronet, lacht, der Allherr spottet ihrer.» (Psalm 2, 4.)

7. August.

Hugo Kramer